

Online-Test 2020

Gerichtbarkeit / Tarifrecht

- Nur für registrierte Teilnehmer -

GB 01.

Welche Aussage entspricht Artikel 97 des Grundgesetzes ?

Richter sind unabhängig und ...

- a) nur ihrem Gewissen verantwortlich
- b) ausschließlich an Weisungen des Justizministeriums gebunden
- c) nur der öffentlichen Meinung verpflichtet
- d) nur der Gerechtigkeit verpflichtet
- e) nur dem Gesetz unterworfen

GB 02.

In welchem Fall ist das Arbeitsgericht nicht zuständig ?

- a) Anfechtung einer Betriebsratswahl
- b) Streit zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband über das Bestehen eines Tarifvertrags
- c) Klage nach dem Kündigungsschutzgesetz
- d) Klage des Arbeitgebers gegen eine Auflage der Arbeitsschutzbehörde
- e) Klage des Betriebsrats auf Zurverfügungstellung eines Büroraums

GB 03.

Welche Aussage zum Urteilsverfahren in der Arbeitsgerichtsbarkeit ist richtig ?

- a) Vor der eigentlichen Verhandlung findet eine Güteverhandlung statt
- b) Die Verhandlung ist nicht öffentlich
- c) Kläger und Beklagte müssen sich durch Rechtsanwälte vertreten lassen
- d) Das Verfahren ist für Kläger und Beklagte in jedem Fall kostenfrei
- e) Bei einem Streitwert von mehr als 50.000 Euro findet die Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht statt

GB 04.

Wie sind die Kammern des Arbeitsgerichts besetzt ?

- a) Drei Berufsrichter
- b) Ein Richter und zwölf Geschworene
- c) Ein Berufsrichter und zwei ehrenamtliche Richter
- d) Zwei Berufsrichter und drei ehrenamtliche Richter
- e) Ein Berufsrichter und sieben Beisitzer

GB 05.

In welchem Fall ist das Sozialgericht nicht zuständig ?

- a) Klage gegen die Deutsche Rentenversicherung Bund auf Zahlung von Witwenrente
 - b) Klage gegen die Barmer Ersatzkasse auf Zahlung von Krankengeld
 - c) Klage gegen die Deutsche Krankenversicherung AG auf Erstattung von Behandlungskosten
 - d) Klage gegen die Bundesagentur für Arbeit auf Zahlung von Arbeitslosengeld
 - e) Klage gegen die Berufsgenossenschaft Druck und Papierverarbeitung auf Zahlung von Verletztengeld
-

GB 06.**Bei welchem Streitgegenstand ist das Sozialgericht nicht zuständig ?**

- a) Sozialhilfe
- b) Altersrente
- c) Arbeitslosengeld I
- d) Arbeitslosengeld II
- e) Wohngeld

GB 07.**Welche Aussage zu den Kosten des Sozialgerichtsverfahrens ist richtig ?**

- a) Für Versicherte und Leistungsempfänger ist das Verfahren grundsätzlich kostenfrei
- b) Die unterlegene Partei zahlt die gesamten Gerichtskosten
- c) Die Gerichtskosten werden von den Parteien je zur Hälfte getragen
- d) Die Kosten sind genauso hoch wie in der allgemeinen Zivilgerichtsbarkeit
- e) Versicherte können sich die Gerichtskosten von der Gegenpartei erstatten lassen

GB 08.**Welches Gericht entscheidet im Streitfall über die steuerliche Absetzbarkeit von Behandlungs- und Pflegekosten?**

- a) Sozialgericht
- b) Verwaltungsgericht
- c) Amtsgericht
- d) Landgericht
- e) Finanzgericht

GB 09.**Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes garantiert die Koalitionsfreiheit.****Der Begriff "Koalition" steht hier ...**

- a) für alle Vereine und Gesellschaften, deren Ziele nicht dem Grundgesetz widersprechen
 - b) für alle vorübergehenden und dauerhaften Zusammenschlüsse von Vereinen und Gesellschaften zur Förderung gemeinsamer Ziele
 - c) für Vereinigungen zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, also insbesondere Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände
 - d) für alle Vereinigungen mit wirtschaftspolitischen Zielsetzungen
 - e) nur für Vereinigungen abhängig Beschäftigter zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen
-

GB 10.**Welche Aussage über Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen trifft zu ?**

- a) Sie können bei der Vorbereitung von Gesetzen durch Vorschläge und Stellungnahmen mitwirken
- b) Ihre Arbeit wird überwiegend durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln finanziert
- c) Sie unterstehen der Aufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft
- d) Sie sollen stets die Interessen der gesamten Bevölkerung vertreten
- e) Sie müssen öffentlich Rechenschaft über Herkunft und Verwendung ihrer finanziellen Mittel ablegen

GB 11.**Welche Aussage zur Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband ist richtig ?**

- a) Jeder Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, einem Verband seiner Wahl beizutreten
- b) Nur Inhaber von Einzelunternehmen können als Mitglieder aufgenommen werden
- c) Die Verbände sind gesetzlich verpflichtet, jeden Arbeitgeber als Mitglied aufzunehmen
- d) Wer als Arbeitgeber keinem Verband angehört, kann keine Tarifverträge abschließen
- e) Die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband ist freiwillig

GB 12.**Welche Rechtsform haben die Industrie- und Handelskammern ?**

- a) Körperschaft des öffentlichen Rechts
- b) Eingetragener Verein
- c) Genossenschaft
- d) Gesellschaft bürgerlichen Rechts
- e) Stiftung

GB 13.**Für welche Unternehmen sind die Industrie- und Handelskammern nicht zuständig ?**

- a) Werbeagenturen
- b) Handwerksunternehmen
- c) Verlage und Buchhandlungen
- d) Druckereien und Buchbindereien
- e) Speditionen und Fuhrunternehmen

GB 14.**In welchem Gesetz oder welchen Gesetzen sind die Aufgaben der Industrie- und Handelskammern als zuständige Stellen für die Berufsbildung geregelt ?**

- a) IHK-Gesetz
 - b) Handels- und Gewerbeordnung
 - c) Schulgesetz der jeweiligen Bundesländer
 - d) Jugendarbeitsschutzgesetz
 - e) Berufsbildungsgesetz
-

GB 15.**Wer kann nicht Tarifvertragspartei sein ?**

- a) Einzelne Arbeitgeber
- b) Vereinigung von Arbeitgebern
- c) Gewerkschaften
- d) Betriebsräte
- e) Zusammenschluss von Gewerkschaften oder Arbeitgebervereinigungen

GB 16.**Welche Bedeutung hat der Begriff "Tarifautonomie" ?**

- a) Löhne und Gehälter steigen im gleichen Maße wie das Bruttoinlandsprodukt
- b) Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, mindestens den Tariflohn zu zahlen
- c) Vom Tarifvertrag darf nur zugunsten der Arbeitnehmer abgewichen werden
- d) Alle gesetzlichen arbeitsrechtlichen Regelungen können durch Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden
- e) Die Tarifvertragsparteien haben das Recht, Tarifverträge ohne staatliche Eingriffe auszuhandeln und abzuschließen

GB 17.**Was ist mit dem Begriff "tarifliche Friedenspflicht" gemeint ?**

- a) Bundesregierung und Regierungen der Bundesländer dürfen sich nicht in Tarifverhandlungen einmischen
- b) Arbeitnehmer sollen in wirtschaftlich schlechten Zeiten auf Lohnerhöhungen verzichten
- c) Die Bundesagentur für Arbeit darf bei Arbeitskämpfen keine Gruppe finanziell unterstützen
- d) Die Tarifvertragsparteien dürfen während der Laufzeit eines Tarifvertrages keinen Arbeitskampf zu seiner Änderung führen
- e) Arbeitgeber sollen in wirtschaftlich guten Zeiten großzügige Lohnerhöhungen anbieten, um langwierige Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe zu vermeiden

GB 18.**Welche Vereinbarung ist in einem Tarifvertrag nicht zulässig ?**

- a) Alle Arbeitnehmer eines Betriebs müssen Mitglied einer Gewerkschaft sein
 - b) Für Mehrarbeit wird ein Zuschlag von 35 % der regelmäßigen Vergütung gezahlt
 - c) Die Wochenarbeitszeit der Schichtarbeiter beträgt 40 Stunden
 - d) Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 24 Monate
 - e) Den Arbeitnehmern kann jede Nebentätigkeit in Konkurrenzbetrieben untersagt werden
-

GB 19.

Welcher Vorteil ergibt sich aus der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft für den Arbeitnehmer ?

- a) Geringerer Beitrag zur Arbeitslosenversicherung
- b) Rechtsvertretung bei Streitigkeiten vor dem Arbeitsgericht
- c) Höheres Krankengeld
- d) Anspruch auf zwei Wochen Bildungsurlaub pro Jahr
- e) Höherer Tariflohn

GB 20.

Was ist nach dem Tarifvertragsgesetz nicht zulässig ?

- a) Zahlung übertariflicher Zulagen durch den Arbeitgeber
 - b) Einführung vorübergehender Kurzarbeit
 - c) Verzicht der AN auf übertarifliche Zulagen
 - d) Verzicht der AN auf einen Teil des tarifvertraglich festgelegten Urlaubs
 - e) Gewährung von Urlaub über den Tarifvertrag hinaus durch den Arbeitgeber
-